

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Verkürzung der Asylverfahren in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 3104** vom 17. Februar 2015 hat folgenden Wortlaut:

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatte sich in dieser Woche bei Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel über langwierige Asylverfahren beschwert. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sei „nicht in der Lage, Asyl-anträge auch nur annähernd in dem für die Erstaufnahme geltenden Dreimonatszeitraum zu bearbeiten“, heißt es in einem Brief Kretschmanns an die Kanzlerin.

Zur Beschleunigung der Asylverfahren wollen die Innenminister von Bund und Ländern dem BAMF mehr Personal zur Verfügung stellen. Darauf verständigten sich die Ressortchefs am 13. Februar 2015 anlässlich einer Telefonkonferenz.

Mit der Aufstockung sollen Asylverfahren in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen auf 14 Tage verkürzt werden. Hintergrund ist die immens gestiegene Zahl an Asylbewerbern aus dem Kosovo.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Beamtinnen und Beamte stellt das Land Rheinland-Pfalz dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Verfügung?
2. Warum gehört Rheinland-Pfalz nicht zu den Bundesländern, in denen das Asylverfahren auf 14 Tage verkürzt werden soll?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag, den Kosovo als einen „sicheren Herkunftsstaat“ einzustufen?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 12. März 2015 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Zahl der Asylbewerber aus dem Kosovo ist insbesondere im Januar und im Februar 2015 sprunghaft angestiegen. Die Gründe für diese aktuelle Migrationsbewegung sind vielfältig und können über das Flüchtlingsrecht nicht gelöst werden. Der Bund und die Länder haben sich deshalb darauf verständigt, die Asylverfahren kosovarischer Asylsuchender beschleunigt durchzuführen und auch die Rückführung abgelehnter Asylbewerber aus dem Kosovo zu beschleunigen. Aus diesem Grund hat der Bund mit den vier am stärksten betroffenen Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vereinbart, Asyl-anträge kosovarischer Staatsangehöriger dort unverzüglich zu bearbeiten, damit ein Bescheid innerhalb von 14 Tagen nach der Asylantragstellung erlassen werden kann. Die Bundesländer haben zugesagt, bei einer Ablehnung die Aufenthaltsbeendigung unverzüglich, möglichst noch aus der Erstaufnahmeeinrichtung heraus zu betreiben. Der Bund hat die Länder anlässlich einer Telefonschaltkonferenz der Innenminister am 13. Februar 2015 nicht um personelle Unterstützung für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gebeten. Vielmehr haben die Bundesländer den Bundesminister des Innern eindringlich aufgefordert, die personelle Ausstattung zu verbessern. Auf ausdrücklichen Wunsch der Landesregierung hat das Bundesministerium des Innern entschieden, dass zusätzlich auch in Rheinland-Pfalz Asylverfahren kosovarischer Staatsangehöriger beschleunigt bearbeitet werden sollen. Die Landesregierung stellt aber mit Sorge fest, dass der Außenstelle des BAMF in Trier für dieses Verfahren bisher kein zusätzliches Personal von Seiten des Bundes zur Verfügung gestellt wurde. Die intensive Bearbeitung der Anträge kosovarischer Asylsuchender geht nun zu Lasten der Bearbeitung aller anderen Anträge. Da so die anderen Verfahren noch weiter verzögert werden, ergibt sich insgesamt kaum eine nachhaltige Entlastung. Gleichzeitig kann das Land sein Ziel, den Abschluss der Asylverfah-

b. w.

ren noch in der Erstaufnahme zu erreichen und die Rückführung sicherzustellen, nur erreichen, wenn auch die Außenstelle des Bundesamtes durch zusätzliches Personal verstärkt wird. Die Ministerpräsidentin hat daher bereits wiederholt, zuletzt mit Schreiben vom 5. März 2015, den Bundesminister des Innern gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die bestehenden und künftigen Außenstellen des BAMF kurzfristig personell so ausgestattet werden, dass sowohl die Aktenanlage als auch die Anhörung aller Asylbegehrenden zeitnah, d. h. innerhalb von drei Monaten, durchgeführt werden können, wie dies auch der Koalitionsvertrag der Großen Koalition vorsieht.

Zu Frage 3:

Die Einstufung der Republik Kosovo als sicheres Herkunftsland wird kritisch gesehen, da damit keine unmittelbaren Auswirkungen verbunden sind. Die Anerkennungsquote liegt im Jahr 2015 bei 0,3 Prozent. Ein weiteres Sinken wird nicht erwartet. Eine messbare Beschleunigung der Bearbeitungsdauer ist ausschließlich vom Personaleinsatz beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abhängig. Darüber hinaus erscheint fraglich, ob der junge Staat, der erst im Jahr 2008 seine Unabhängigkeit erklärt hat, bereits seine staatlichen Strukturen in der Weise gefestigt hat, dass die strengen Anforderungen des Artikel 16 a Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes erfüllt sind. Die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sogenannte sichere Herkunftsstaaten hat überdies gezeigt, dass der von der Bundesregierung erwartete deutliche Rückgang der Zahlen Asylsuchender aus diesen Ländern nicht eingetreten ist.

Irene Alt
Staatsministerin